

BDEW

Energie muss in Krisen sicher sein

[2.6.2022] Die Energiewirtschaft fordert mehr Tempo bei der Energiewende und betont die Bedeutung der Energiesicherheit in Krisenzeiten.

Die Energiewirtschaft tut nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) alles, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Abhängigkeit von fossilen Importen aus Russland schnellstmöglich zu reduzieren.

"Die Corona-Pandemie und die derzeitige Krise infolge des Krieges gegen die Ukraine zeigen: Energie ist in unserer Gesellschaft nicht systemrelevant – sie ist regelrecht systemfundamental", sagte BDEW-Präsidentin Marie-Luise Wolff zum Auftakt des BDEW Kongresses 2022. Zu den Rednern des Kongresses gehören unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz, der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Volker Wissing, der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, und der Vorsitzende der CDU, Friedrich Merz. "Die zweite riesige Herausforderung, vor der wir stehen, ist der Klimawandel. Die Klimakrise wartet nicht. Das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu werden, ist so richtig und wichtig wie nie zuvor. Dafür bedarf es eines gigantischen Rückenwinds", erklärt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sei für viele Themen zentral, vom Netzausbau über die Erneuerbaren-Anlage bis zum Elektrolyseur. Auch der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sei unverzichtbar, beispielsweise für die Dekarbonisierung der Industrie.

Die Energiewirtschaft könne jedoch auch nicht verhehlen, dass es an einigen Stellen auch noch Gesprächsbedarf gebe. Kritisch sieht der Branchenverband den aktuellen Gesetzentwurf, mit dem die Nutzung von Gas zur Stromproduktion im Notfall reduziert werden soll. "In seiner jetzigen Form ist der Gesetzentwurf viel zu unbestimmt: Er regelt weder die Kriterien für den Eintritt einer Gasmangellage noch die Höhe möglicher Strafzahlungen. Dies hätte für viele Unternehmen der Energiewirtschaft unkalkulierbare Risiken zur Folge. Letztlich ist vor allem eine Präzisierung in Bezug auf die Kraft-Wärme-Kopplung vonnöten. Denn wir müssen vermeiden, dass diese günstige, klimafreundliche Art der Wärmeversorgung an Vertrauen verliert", so Wolff weiter. Der Gesetzentwurf müsse der ohnehin sehr angespannten Lage am Gasmarkt und dadurch resultierend den hohen Preisen in der Wärmeversorgung Rechnung tragen. Mit Sorge sieht der BDEW

auch die Entwicklung der Energiepreise. (*ur*)

<https://www.bdew.de>

Stichwörter: Politik, Gaskrise, Ukrainekrieg, BDEW, Energiepreise

Quelle: www.stadt-und-werk.de